

Der Kampf ums Grün

Kölner Stadt-Anzeiger 2015-10-15

Fläche schwindet

In NRW hat die Landwirtschaftsfläche in den vergangenen zehn Jahren um 551 Quadratkilometer abgenommen – das entspricht etwa der Fläche des Rhein-Kreises Neuss.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche nimmt mit 16 550 Quadratkilometern die Hälfte der gesamten Landesfläche ein.

Gemessen an der durchschnittlichen Betriebsgröße ist seit 2005 jeden dritten Tag ein Bauernhof in NRW zubetoniert, zugebaut oder anderweitig genutzt worden. (bce)

Der Kampf ums Grün

Im Land hat die aufgeregte Debatte um das geplante Naturschutzgesetz längst begonnen

In NRW wird darüber debattiert, wie der Landverbrauch geregelt werden sollte – und wie man die Landwirtschaft schützen kann. Vereinfacht gesagt muss jemand, der eine Grünfläche bebaut, anderswo eine Grünfläche schaffen oder kaufen.

Den größten Anteil an den Preissteigerungen für Grundstücke habe das bestehende Ausgleichssystem, das für überplante Flächen eine Kompensation verlangt. Das kritisiert Karl-Friedrich Schulte-Uebbing, Hauptgeschäftsführer der IHK Nord-Westfalen. „Man

muss über die Systematik nachdenken, wenn Agrarflächen so unter Druck geraten.“ In den IHK-Bezirk fällt auch der bei Datteln geplante Industriekomplex „Newpark“, dessen Realisierung zu einem handfesten Krach in der rot-grünen Landesregierung geführt hatte. Kernfrage auch hier: der Naturausgleich. Schulte-Uebbing schlägt ein Ausgleichsmodell vor, das nicht auf den reinen Flächenersatz auf Kosten der Äcker setzt, sondern Alternativen eröffnet. Das könne der Bau eines Radweges sein oder die Begrünung einer

nicht mehr nutzbaren Industriebrache. „Wir müssen das Naturerlebnis stärker in den Fokus rücken“, fordert er. Die Pflicht, Kompensationsflächen zu kaufen, verteuere jede Investition für Firmen. Man dürfe nicht vergessen: „Wir brauchen Wachstum, um Umweltschutz zu bezahlen.“

Unterstützung erhält die IHK von CDU und FDP. Ein rein an Flächen orientierter Ausgleich sei der falsche Weg, kritisiert der CDU-Agrarexperte Rainer Deppe (Rheinisch-Bergischer Kreis) das von Umweltminister Rammel geplante

Naturschutzgesetz. Danach soll sich der Ausgleich für eine Fläche nach deren ökologischem Wert richten – Folge könnte ein höherer Ausgleichsfaktor statt eines 1:1-Ansatzes sein. „Wir verfolgen das Ziel, stattdessen einen qualitativen Ausgleich zu schaffen“, sagt Deppe. Er forderte Anreize, Flächen zu sparen. Sein FDP-Kollege Karlheinz Busen wirft Rammel vor, die Entwicklung in Kommunen zu blockieren. Dagegen hält der Grüne Norwich Rübe an dem Ausgleichssystem fest: „Das ist für mich nicht verhandelbar.“ (hir)